



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 2

*

solidaritaet@gmx.at

*

Mai 2025

Belastungs-Rundumschlag – aber nur bei der Bevölkerung

Schon vor den Wahlen und erst recht seitdem wird tagtäglich in den Medien mit der Rede vom Budgetdefizit, vom Budgetloch, vom Pleitegeier, der über Österreich kreist, Stimmung gemacht. Wer das Budgetloch schließen soll, darüber sind sich Regierung, alle Parteien, Wirtschaft, Militär und Medien einig: Die Bevölkerung, sie soll Kürzungen in allen Lebensbereichen hinnehmen.

Die breite Masse der Menschen wird massiv auf Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung eingestimmt, soll Kürzungen bei Pensionen akzeptieren, weiterhin Mieten auf hohem Niveau bezahlen, weiterhin von den Energiekonzernen hohe und steigende Kosten für Strom und Heizung verrechnet bekommen und widerspruchslos hinnehmen, sich auf Kürzungen bei Arbeitslosengeld, Kindergeld, Sozialhilfe oder im Gesundheitswesen (Krankenkassen, ÖGK) auf ein „Sparpaket“, also auf Leistungskürzungen oder neue Selbstbehalte, einstellen und schauen wie sie mit den weiterhin steigenden Lebensmittelpreisen durchkommt. Immer weniger Menschen können sich das ständig teurer werdende Leben leisten. Die Sozialmärkte werden überrannt.

2,9 Milliarden Euro sollen bis 2031 bei den Pensionist:innen eingespart werden. Dazu kommen 320 Millionen Euro jährlich auf immer, also unbefristet, durch die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um fast 1%.

2,3 Milliarden Euro kommen durch Streichung des Klimabonus ins Budget. Da die CO2-Besteuerung bleibt, ist das eine glatte Steuererhöhung für Millionen von Menschen. Während die Kürzungen bei Pensionen und der Entfall des Klimabonus für Millionen von Menschen unbefristet erfolgen, sind die mageren je 250 Millionen Euro jährlich, die Banken und Energiekonzernen als „Solidarbeitrag“ abverlangt werden, zeitlich befristet.

Der auf 5% nach oben begrenzte „Mietendeckel“ ist auf drei Jahre befristet und wird aufgrund der mittlerweile gesunkenen Inflation kaum greifen. Zudem sollen im Gegenzug den Vermietern drohende Milliardenrückzahlungen wegen jahrelanger unrechtmäßiger Indexerhöhungen erlassen werden. Gewinner sind die Hausherren, Verlierer die Mieter.



Wohnungsmieten immer unerschwinglicher

„Leerstand verschärft Not

Wohnungseigentümer (und Erben), die ihre Immobilie nicht selbst nutzen müssen, lassen diese lieber leer stehen, um sich Probleme ... zu ersparen. Der Wert der Wohnung steigt ohnehin jedes Jahr. Das ist einer der Gründe für den großen Leerstand in Österreich, der wegen fehlender Daten nicht genau beziffert werden kann – Schätzungen variieren zwischen 200.000 und 500.000 Leerständen. (Kurier, 23. 3. 2025; Hervorhebung durch die Red.)

Und was geschieht? Die Regierung prüft höhere Leerstandsabgaben und plant den Aufbau eines bundesweiten Leerstandskatasters ... Das wird schon seit Jahren von Mieterverbänden, Arbeiterkammer, Gewerkschaften gefordert. Geschehen ist nichts. Es besteht die Befürchtung, dass das eine Sankt-Nimmerleinstag-Ankündigung ist, es diesem Kataster dann so ergeht wie der seinerzeit angekündigten Transparenzdatenbank? Diese ließ ewig auf sich warten und ist bis heute unvollständig.

Das Budgetdefizit hat nicht die breite Masse der Bevölkerung verursacht:

So haben die türkis-blaue und die schwarz-grüne Regierung der letzten Jahre das Budgetdefizit im Interesse der Wirtschaft verursacht:

- 50 Milliarden Euro Unternehmensförderungen durch Coronahilfen
- 30 Milliarden Euro Bankengewinne in den letzten drei Jahren, davon allein 2024 11,5 Milliarden Euro (Nationalbank, Presse, 9.4.2025) – ohne nur annähernd entsprechender „Übergewinn“-Besteuerung und obwohl die Banken nach der Finanzkrise 2008 auf Kosten der Allgemeinheit gerettet wurden
- 6 Milliarden Euro Gewinn schrieben Österreichs Stromkonzerne zwischen 2022 und 2024. Doch deren „Übergewinne“ wurden nur zu ca. 3% besteuert
- 8 Milliarden Euro schüttete die OMV von 2021 bis 2023 an Dividenden an ihre Aktionäre aus. Auch hier ist die Besteuerung der „Übergewinne“ ein Hohn, greift kaum, zahlt der Konzern quasi aus der Portokasse
- Weitere Steuersenkungen für die Großunternehmer, z.B. Senkung der Körperschaftssteuer (KÖSt) von 25% auf 23%
- 60 Milliarden Euro bis 2032, um das Bundesheer „kriegsfähig“ zu machen. Das jährlichen Heeresbudget soll von heuer 4,2 Milliarden Euro bis 2032 Schritt für Schritt auf 2 % des BIP angehoben werden. Das kostet in Summe rund 45 Milliarden Euro. Dazu sollen fast 17 Milliarden Euro bis 2032 für Rüstungskäufe kommen (Standard, 10.12.2024). Allein 7 Milliarden Euro davon macht die Anschaffung von Sky Shield aus. Budgetloch? Diese 60 Milliarden Euro werden nicht in Frage gestellt?
(https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/landesverteidigungsbericht_2023.pdf).

So oder ähnlich soll es – Budgetloch hin, Budgetloch her – auch in Zukunft weitergehen. So ist etwa die weitere Strei-

chung von Sozialbeiträgen der Unternehmer, die diese pro Beschäftigten zahlen (sog. „Lohnnebenkosten“, die ja sowie-so von den Arbeitenden erwirtschaftet werden), ab 2027 geplant. Beispielsweise durch die Senkung der Beiträge der Unternehmer zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Die „Lohnnebenkosten“ um einen Prozentpunkt zu senken, sorgt für einen Einnahmehausfall für den Staat von 1,6 Milliarden Euro zum Schaden der Familien. (Standard, 26.2.2025). Und: Für die Arbeitnehmer:innen bringt eine Lohnnebenkostensenkung nicht mehr Einkommen, sondern indirekt sogar weniger. So bedeuten FLAF-Kürzungen weniger Familienleistungen des Staates.

Menschen werden belastet, die Wirtschaft, die Verursacher, weiter geschont und bevorzugt

Tagtäglich stellen sich Wirtschaft, Industrie, Militärs beim Staat, bei der Regierung an und halten die Hand auf. Sie verlangen, dass für den „Standort Österreich“ bei ihnen sicherlich nicht gespart werden darf oder wollen staatliche Energiepreishilfen

(<https://www.diepresse.com/19583118/trotz-budgetfiaskos-die-industrie-will-vom-staat-ihr-geld-zurueck>, 16.4.2025).

Unterstützt werden sie dabei von „Experten“ und „Expertinnen“ der verschiedenen jeweils den Wirtschaftsinteressen verpflichteten Instituten wie WIFO oder IHS oder ganz offen von der Wirtschaft gesponserten Instituten wie Agenda Austria oder Eco Austria. Sie alle fordern sogenannte „Strukturreformen“ und meinen damit z.B. die Anhebung des Pensionsalters, Kürzungen im Gesundheitswesen, usw. In Wirklichkeit sollen die Gewinne der Banken, Versicherungen, Energie- und Produktionskonzerne nicht angetastet werden. Doch genau da läge aber die längst notwendige Strukturreform – die höchst notwendige Umstellung der auf Profitmaximierung ausgerichteten Wirtschaft für die Wenigen auf eine am Gemeinwohl orientierte solidarische Wirtschaft für ein gutes Leben für alle!!

Hintergrundinfos:

Sparen zur falschen Zeit am falschen Ort

<https://www.momentum-institut.at/publikation/budget-sparen-zur-falschen-zeit-am-falschen-ort/>

<https://www.momentum-institut.at/wp-content/uploads/2025/05/Policy-Brief-Budgetanalyse-2025-2026-Sparen-zur-falschen-Zeit-Momentum-Institut.pdf>

Zeitung nach dem Lesen an Interessierte weitergeben und/oder weitere Exemplare anfordern: solidaritaet@gmx.at



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at